

Ein Haushalt mit Bauchschmerzen

(Bruchköbel/jgd) – Die Stadtverordneten haben am Dienstag mit den Stimmen von CDU, SPD und B90/Grüne den Haushalt für 2009 angenommen. BBB und FDP stimmten dagegen. Die geplanten Ausgaben und Einnahmen des bereits angebrochenen Jahres waren seit Monaten diskutiert worden, insbesondere wegen des zunächst knapp unter, dann deutlich über 5 Millionen Euro liegenden Defizits im Ergebnisanteil des Haushaltes, also dort, wo die laufenden Kosten für den Betrieb des „Unternehmens Bruchköbel“, für die Verwaltung

der Kommune berechnet werden. In ihren Haushaltsreden zeigten alle Fraktionen ihre Sorge wegen dieser Entwicklung auf. Reiner Keim (CDU) betonte, seine Partei stimme „unter Bauchschmerzen“ zu. Auch wenn man die rund 2 Millionen für Abschreibungen abziehe, die zum ersten Mal im Ergebnis angerechnet werden, so komme im Vergleich zu früher ein deutlich höherer Fehlbetrag heraus. Konsolidierungsmaßnahmen seien das Gebot der Stunde. Man könne auf Zuschüsse zu den beachteten Strukturmaßnahmen hoffen, auch müsse die

Umwandlung mancher bislang für den Bürger kostenfreier Angebote in kostenpflichtige erwogen werden. Dennoch biete der Haushalt Chancen durch die neue Transparenz der „Doppik“-Berechnung und durch die Visionen von der Umgestaltung des Kernstadtbereiches rund ums Rathaus. – Perry von Wittich (SPD) liess zunächst wenig gutes Haar an dem Rechnungswerk. Man warte „nun seit Monaten vergeblich“ auf die Ankündigung aus dem Rathaus, dass „aus Ammisschimmel Rennpferde“ werden sollen. Das Haushaltssicherungskonzept, das inzwischen vorgelegt worden ist, benenne bloß zweifelhafte Maßnahmen wie eine generelle 5%-Kürzung. Insbesondere einige Investitionsvorhaben wie etwa die Sanierung des alten Rathauses und Grundstückskäufe seien verzichtbar. Auch der Umbau des Bahnhofsgeländes werde Millionen kosten. Die SPD bilde an diesem Abend das „Zünglein an der Waage“, ihr Votum habe also mehr Gewicht als in den Vorjahren. Dieser Verantwortung stelle man sich und stimme „trotz aller Kritik“ dem Haus-

halt zu, weil in diesem Jahr ein Großteil der SPD-Anträge erfolgreich eingebracht worden und so ein Anfang für mehr sozialdemokratischen Einfluss gemacht sei. – Harald Wenzel (Grüne) meldete an, dass die Grünen vor allem das „strukturelle Defizit“ im Blick haben. Einen bescheidenen Beitrag bilde der Grüne-Antrag zur regelmäßigen Anpassung der Gebühren und Abgaben. Um Bruchköbel trotz finanzieller Engpässe kreativ weiterzuentwickeln, sollte man Projekte bevorzugen, bei denen Fördermittel und das Konjunkturpaket der Bundesregierung genutzt werden können. Und der runde Tisch mit den Feuerwehren müsse „mit scharfem Blick auf die Haushaltslage“ abgehalten werden. – Erhebliche Kritik am Haushalt äußerten BBB und FDP, die das Werk beide ablehnten. Alexander Rabold (BBB) sagte, der Haushalt zehre an der Substanz. Es sei in den Monaten der Beratung nichts

geschehen, die Minusbeträge einzudämmen. Im Vergleich zu den letzten Jahren sei das höchste Defizit zu beklagen. Früher habe man bis auf einen Fall im Jahr 2005 stets einen ausgeglichenen Haushalt erreicht. Stadtverwaltung und Bürgermeister müssten in Zukunft Konzepte beibringen, wie das Defizit eingegrenzt werden könne, denn auch für die Folgejahre seien bereits ähnlich hohe Minusbeträge eingeplant. „Bruchköbel ist vom Weg solider Finanzwirtschaft abgekommen“, so Rabold. Ähnlich äußerte sich die FDP. Deren Sprecher Gerd-Jürgen Jesse beklagte verpasste Chancen. Die FDP verneine den Willen zum Sparsen. Den Vorschlag der FDP, in einer interfraktionellen Arbeitsgruppe die Probleme anzugeben, hätten die anderen Parteien abgelehnt. Man habe deswegen drei auf das Sparsen fokussierte Anträge eingebracht, die jetzt durch Vorgaben der Kommunalaufsicht sogar aufgegriffen würden, wie etwa die 5%-Kürzungsanforderung. – Bürgermeister Günter Maibach wandte sich am Ende direkt und offensiv an den BBB: Ja, er sehe sich durchaus als „Insolvenzverwalter“. Denn bei seinem Amtsantritt im April 2008 seien aus der Vergangenheit stammende 23 Millionen Schulden und ein planarisches Defizit von 3,6 Millionen zu Buche gestan-

den. Bis jetzt sei immerhin schon einmal ein nahezu ausgeglichener 2008er Haushalt herausgekommen. Man werde den Weg der Konsolidierung fortsetzen. In den letzten Jahren seien 17 Stellen weggefallen, aber es müssten nun einmal Stellen besetzt werden, deren Funktionen Einnahmen für die Stadt bebringen. Das Umsteuern geschehe nicht von heute auf morgen, aber Mal-

bach zeigte sich sicher, dass sich das nun prognostizierte Defizit bis zum Ende des Jahres noch verringern werde. – In weiteren Abstimmungen des Abends sprach sich das Parlament für eine Zustimmung zum Ausbau des Kraftwerks Staudinger aus, und bejahte den Umstieg auf einen anderen Träger der Busstrecke nach Hanau. Weitere Berichte folgen.